

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 45

Von 04.November bis

10.November 2024

Nur sechs Mandatare werden Zukunft des Orts bestimmen

Biberwier – Die Opposition in Biberwier mag nicht mehr und tritt – wie berichtet – zurück. Keine Information zum Fernpass durch den Bürgermeister, keine Rückendeckung durch die BH Reutte – so die Wahrnehmung. Die Rücktrittsschreiben trudeln derzeit bei BM Harald Schönherr ein. Alle sind noch nicht da. Für einen kompletten Auszug aus dem Gemeinderat müssen aber auch alle Ersatzmitglieder verzichten. Denn sie würden automatisch nachrücken. Der eine oder die andere könnte ja die Chance beim Schopf packen und nachrücken wollen.

Die Bürgermeisterliste – sie hält bisher sechs der elf Mandate – wird sowieso weitermachen. Bei einem Vollver-

zicht der Opposition müssten bei Gemeinderatssitzungen künftig immer sechs Mandatare anwesend sein, um Be-



Kleines Team: BM Harald Schönherr und fünf seiner Mitstreiter sind künftig gefordert.

Foto: Mittermayr

schlussfähigkeit zu gewährleisten. Hier orientiert sich die Tiroler Gemeindeordnung weiter an der festgelegten Mitgliederzahl des Gemeinderates, hier elf. Für einen gültigen Beschluss ist dann aber nur mehr die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich. 6/0, 5/1, 4/2 – alles wäre erlaubt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Am Dienstag meldete sich auch Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint zu Wort und „zeigt den Interessenkonflikt von BM Schönherr auf, der auch Bezirksgeschäftsführer der ÖVP ist“. Er sei in Sachen Fernpasstunnel wohl seinem Chef, Landeshauptmann Toni Mattle, mehr verpflichtet als dem eigenen Ort. (hm)

Opposition will die MCI-Verträge sehen

Innsbruck – Beim heutigen runden Tisch aller Parteien zum Neubau des Management Centers Innsbruck drängt die Opposition auf die Offenlegung der Verträge mit dem Totalunternehmer Porr-Ortner. Ursprünglich hatte die Landesregierung eine Preisobergrenze von 135 Mio. Euro festgelegt.

Für FPÖ-Chef Markus Abwerzger wurde in allen Bereichen gefuscht. „Deshalb kann es diesen geplanten Neubau nicht geben, schon gar nicht bei der derzeitigen Finanzlage des Landes Tirol.“ Er spricht sich für einen Projektstopp aus.

Vom runden Tisch mit Hochbaureferent und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer erwartete sich Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint endlich klare Ansagen der schwarz-roten Landesregierung. „Die Zeit des Zauderns und Zögerns ist vorbei, ich erwarte eine Entscheidung, was die Landesregierung vorhat, einen Fahrplan, bis wann sie was umsetzt, sowie die Beantwortung der offenen Fragen. Was kann die Bun-



Der MCI-Neubau beschäftigt heute wieder die Politik. Foto: Böhm

desimmobiliengesellschaft BIG und was nicht? Ist der Vertrag mit dem Totalunternehmer beendet oder nicht? Was von der bisher geleisteten und bezahlten Planung gehört dem Land Tirol und was nicht?“

In dieselbe Kerbe schlägt sein Kollege von den Grünen Gebi Mair. „Wir wollen, dass das MCI gebaut wird. Aber es braucht auch Klarheit über die bisherige Vorgangsweise, insbesondere, was die vertraglichen Details betrifft.“

Dornauer hat stets erklärt, dass es bei einem Ausstieg keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Arbeitsgemeinschaft Porr-Ortner gebe. (pn)

Druck steigt nach Aus für Bürger-votum

Dass St. Johann Volksbefragung zur strittigen Widmung eines Gewerbegebiets ablehnt, löst Empörung aus. Auch Druck auf das Land nimmt zu.

Innsbruck – Die Wogen gehen hoch – nicht nur im Unterland. Schließlich geht es auch um die Frage, wie mit dem Instrument der direkten Demokratie in Tirol umgegangen wird. Auf einem 7,5 Hektar großen und derzeit noch als landwirtschaftliche Vorsorgefläche gewidmeten Areal soll in St. Johann „Unterbürg“ ein Gewerbegebiet entstehen, 1400 BürgerInnen haben sich für eine Volksbefragung ausgesprochen. Sie warnen vor weiterer Versiegelung von hochwertigen Äckern.

Bürgermeister Stefan Seiwald (VP) lehnte diese Befragung jedoch mit Bescheid in der Vorwoche ab. Weil kein Vorschlag vorliege, wie die von ihm prognostizierten Einnahmehäufnisse von 15 Mio. Euro an Kommunalsteuer kompensiert werden können. Konkrete Zahlen wurden bisher von der Gemeinde noch nicht genannt, außer dass es rund 70 Interessenten gibt.

Liste Fritz, Grüne und NEOS kritisieren einen „Schlag ins Gesicht der Bevölkerung“ und politischen Machtmissbrauch. Gemeindereferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) wird aufgefordert, gegen diese bürgerfeindliche Politik klar Stellung zu beziehen. Auch sein für die Bodenpolitik zuständiger Stellvertreter Josef Geisler wird in die Ziehung genommen.

Landwirtschaftskammerpräsident und VP-Nationalrat Josef Hechenberger, der sich vehement gegen die Umwidmung ausspricht, wundert sich, dass „das ausreichende Quorum und der Wunsch der Bevölkerung nicht ernst genommen wird“. Dass eine Volksbefragung mit inhaltlichen Voraussetzungen wie möglichen Einnahmen in der Zukunft verknüpft werden, sieht Verfassungsexperte Peter Bußjäger sehr kritisch. (pn)

[Mehr auf den Seiten 2, 4](#)



Das MCI bleibt der Dauerbrenner in der Landespolitik, der Neubau hängt in der Warteschleife.

Foto: Böhm

MCI bleibt Wunsch ans Christkind

Hochbaureferent Georg Dornauer will vor Weihnachten eine Entscheidung über den Neubau treffen.

Innsbruck – Der Plan eines Neubaus für das Managementcenter Innsbruck MCI blickt schon auf eine jahrzehntelange Geschichte zurück, die Umsetzung ist bisher allerdings noch nicht erfolgt. Eigentlich liegt ein baureifes Vorhaben vor, doch das soll billiger werden. Bis zu

„Bis Weihnachten werde ich eine Entscheidung treffen. Gefordert ist auch Finanzreferent und Landeshauptmann Mattle.“

LHStv. Georg Dornauer/SPÖ (Hochbaureferent)

300 Millionen Euro würde es nämlich kosten. Deshalb will Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer, dass die Bundesimmobiliengesellschaft BIG die Projektentwicklung übernimmt.

Ob diese so einfach an die BIG übertragen werden kann oder eine europaweite Ausschreibung erfolgen muss, wird jetzt in einem Rechtsgutachten geklärt. „Bis Weihnachten wird es eine definitive Entscheidung geben“,

kündigt Dornauer an. In der Vergangenheit haben die Zeitpläne jedoch kaum gehalten. Sollte die BIG der neue Bauherr sein, müsste die Stadt Innsbruck ihr die Fläche auf dem Fennerareal übertragen.

Und die Finanzierung? Im Rahmen eines Fördervertrags mit dem MCI würde das Land die Mietkosten berappen. Hier reicht Dornauer das heiße Eisen MCI an Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) weiter. „Da benötigt es natürlich auch eine Entscheidung, wie viel Geld die Regierung in die Hand nehmen möchte.“

Mit den Vertretern vom MCI-Trägerverein (Land Tirol, Stadt Innsbruck, Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Uni Innsbruck) hat Dornauer am Montag gesprochen, Dienstagnachmittag informierte der Hochbaureferent die Klubchefs im Landtag über den aktuellen Stand. Arbeiterkammerpräsident Erwin Zangerl drängt jedenfalls auf eine Beschlussfassung. „Die Regierung muss endlich Ja oder Nein sagen, in der Vergangenheit ist bereits zu viel schiefgelaufen.“

Weihnachten – für die Opposition ist das allerdings Wunschdenken. Viele Fragen sind für sie noch offen, nicht nur wer künftig das MCI er-

„Die Landesregierung muss endlich Ja oder Nein zum Neubau sagen. Es ist bereits zu viel schiefgelaufen.“

Erwin Zangerl (Arbeiterkammerpräsident)

richtet. Die Verantwortlichen vom MCI, also die künftigen Nutzer, haben bisher noch nicht einmal die Vorentwurfsplanung abgesegnet, das Raum- und Funktionsprogramm entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Darüber hinaus wird das finanzielle Pingpong-Spiel zwischen Dornauer und Mattle kritisiert. „Das interessiert niemanden, es gibt eine Landesregierung“, nimmt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint sie in die kollektive Pflicht. Dass die Verträge mit dem bisherigen Totalunternehmer Porr-Ortner wieder nicht offengelegt wurden, will sein Kollege von den Grünen Gebi Mair so nicht akzeptieren. (pn)

Harsche Kritik an „Machtmissbrauch“

Nach Protesten ist für Bürgermeister Seiwald Befragung zu strittigem Gewerbegebiet politisch nicht vom Tisch.

Von Peter Nindler

Innsbruck, St. Johann – Die abgelehnte Volksbefragung, die von 1400 BürgerInnen von St. Johann gefordert wird, zieht weite Kreise. Liste Fritz, Grüne und NEOS sprechen von politischem Machtmissbrauch, weil die Gemeindeführung das Gewerbegebiet unbedingt durchdrücken will. Das weist der St. Johanner Bürgermeister Stefan Seiwald strikt zurück. Der Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung über die Ansiedelung eines 7,5 Hektar großen Gewerbegebiets hätte eben Mängel aufgewiesen.

Zuvor Anfrage beim Land

Wie der *TT* vom Land bestätigt wird, hat die Gemeinde im Zusammenhang mit der Volksbefragung zuvor eine Anfrage an die zuständige Gemeindeabteilung gestellt. Die habe dann die gesetzlichen Rahmenbedingungen erläutert: Hätte die geplante Maßnahme eine erhebliche Belastung des Haushaltes oder eine erhebliche Minderung der Einnahmen der Gemeinde zur Folge, so habe die Frage auch einen Vorschlag über die Bedeckung des Aufwandes oder den Ersatz des Einnahmeausfalls zu enthalten. „Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die Entscheidung, ob ein Antrag die Voraussetzungen nach der Gemeindeordnung erfülle oder nicht, letztendlich dem Bürgermeister obliegt“, heißt es gegenüber der *TT*.

Seiwald betont gegenüber der *TT*, dass St. Johann keinesfalls die Volksbefragung verhindern wolle. Im Gegenteil. „Juristisch gab es die Zweifel, aber in den nächsten Wochen wollen wir uns politisch damit auseinandersetzen.“ Die Volksbefragung sei deshalb noch nicht vom Tisch. Die Erlöse aus der Kommunalsteuer beim neuen Gewerbegebiet wurden laut Seiwald auf 15 Millionen Euro hochgerechnet. 2026 soll der erste Betrieb angesiedelt werden. „Diese Zahlen haben wir auch der Bürgerinitiative vorgelegt.“

Im Land rumort es allerdings hinter den Kulissen gewaltig. Nicht nur wegen der Oppositions-Kritik. Im

Rechts- und Gemeindeausschuss des Landtags wurde auf Antrag der Grünen der Verfassungsdienst des Landes mit einer Stellungnahme zu diesen Hürden für die Volksbefragung beauftragt. „Hier findet ein absoluter Missbrauch einer Regelung der Tiroler Gemeindeordnung statt“, kritisiert der grüne Klubchef Gebi Mair und verortet ihn vor allem bei der ÖVP. „Die ÖVP



Foto: Böhm

„Wenn sich mehr als 1400 BürgerInnen für eine Volksbefragung aussprechen, dann sollte das ernst genommen werden.“

NR Josef Hechenberger/VP (Kammerpräsident)

wehrt sich wirklich mit allen Tricks, die ihr einfallen, gegen die Stimme des Volkes.“

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint äußert sich ähnlich. „Die juristischen Winkelzüge der ÖVP-Gemeinde-

führung passen ins Bild einer bürgerfeindlichen ÖVP-Politik.“ Da werde ÖVP-Chef und Landeshauptmann Anton Mattle ein Machtwort sprechen und sich deklarieren müssen. „Schweigt er, dann stimmt er dieser bürgerfeindlichen Politik zu.“

Für NEOS-Abgeordnete Susanna Riedlsberger ist klar: „Wer sich so mit Händen und Füßen gegen eine Volksbefragung wehrt, hat etwas zu verbergen. Doch ganz offensichtlich haben die Verantwortlichen Angst vor der Meinung der Bevölkerung.“

Verfassungsexperte Peter Bußjäger sieht die Einschränkungen für Volksbefragungen ebenfalls kritisch. „Vor allem wenn jetzt auf künftige Einnahmen verwiesen wird und nicht auf aktuelle, die budgetrelevant sind.“

Hechenberger übt Kritik

Landwirtschaftskammerpräsident Josef Hechenberger macht keinen Hehl daraus, dass er sich schon immer gegen die Versiegelung von besten Böden am Areal Unterbürg ausgesprochen habe. „Wenn sich schon mehr als 1400 BürgerInnen aus St. Johann für eine Volksbefragung aussprechen und damit das notwendige Quorum für die Durchführung erreicht wird, dann sollte das schon ernst genommen werden.“



Hier am Areal „Unterbürg“ soll ein 7,5 Hektar großes Gewerbegebiet entstehen, eine Volksbefragung darüber wurde abgelehnt.

Foto: Greenpeace

Politik in Kürze

Lob und Tadel für neues Gehaltspaket

Wie berichtet, wird das Land Tirol ab Jänner 2025 die Gehälter in Gesundheitsberufen im öffentlichen Dienst erhöhen. Dafür will die schwarz-rote Landesregierung zusätzlich zu den Gehaltsabschlüssen 18,3 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das gestern präsentierte Maßnahmenpaket von Gesundheitslandsrätin Cornelia Hagele (VP) be-

zeichnet AAB-Obmann und VP-Klubchef Jakob Wolf als echten Meilenstein in der Gesundheitspolitik, „der wesentlich dazu beitragen wird, die Gesundheitsberufe in Tirol aufzuwerten“. Die Liste Fritz begrüßte die Nachbesserungen im Gehaltssystem als „erfreulich“.

Durchwegs steigende Gehälter, eine bessere Abgeltung von Nacht- und Wochenend-



Vor allem die Pflegeberufe werden finanziell aufgewertet.

Foto: APA/Techt

diensten und noch einiges mehr sieht auch SP-Abgeordnete Sonja Föger-Kalch-

schmied das Paket positiv. „Das hat sich das Personal im Pflege- und Gesundheitsbe-

reich längst verdient und das vorgestellte Paket kann sich auch in diesem Sinne durchaus sehen lassen.“

Die Anpassungen bei Hebammen etwa seien „längst überfällig“, betont Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanner-Schneider. Sie hofft, dass alle Pflegepersonen bessergestellt würden und nicht nur jene im neuen Gehaltssystem. Kritik kommt

deshalb von den Grünen: „Wir haben es nicht mehr nur mit einer Zwei-Klassen-Medizin zu tun, sondern immer mehr auch mit einem Zwei-Klassen-Gehaltssystem“, erklärt LA Petra Wohlfahrtstätter. Gleich wie Liste Fritz und Grüne sehen auch die NEOS einen „ganz wesentlichen Teil des Personals nicht mitbedacht“, kritisiert LA Birgit Obermüller. (TT)



Landeshauptmann Anton Mattle (r.) hat mit der Tiroler ÖVP Florian Tursky massiv unterstützt. Auch finanziell.

Foto: Böhm

1,1 Mio. Euro: Tursky sprengte Wahlbudget

Herausgekommen ist wenig, investiert wurde in die Innsbruck-Wahl viel. Statt 690.000 Euro hat der gescheiterte VP-Bürgermeisterkandidat Tursky 1,1 Mio. Euro ausgegeben.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Lange hatte das „Neue Innsbruck“ aus Innsbrucker Volkspartei, ÖVP-Seniorenbund und „Für Innsbruck“ ein Geheimnis aus dem Wahlkampfbudget für die Gemeinderatswahl im April gemacht. Schlussendlich wurde es mit 690.000 Euro beziffert. ÖVP-Stadtparteiobmann Florian Tursky führte das Bündnis an, nach der gescheiterten Wahl – er kam nicht einmal in die Bürgermeister-Stichwahl – zog er sich Mitte Mai zurück. Turskys Liste errang vier

„ Die Wahlkampf-
kosten für den
Bürgermeister- und Ge-
meinderatswahlkampf
lassen sich mit 1,1 Mio.
Euro beziffern.“

Matthias Weger (ehemaliger
Wahlkampfmanager)

Mandate und ist seither in der Opposition.

Schlussendlich waren es sehr kostspielige Mandate. Denn wie der *TT* bestätigt wird, wurden die ursprünglich veranschlagten Kosten deutlich überschritten. „Auch wenn das Ergebnis leider nicht so ausgefallen ist, wie wir uns das gewünscht hätten, waren im Vorfeld der Innsbrucker Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl große Aufwendungen erforderlich, um das neue Bündnis aus ÖVP, Für Innsbruck und Seniorenbund sowie den neuen Spitzenkandidaten bekannt zu machen“, betont der ehemalige Wahlkampfmanager Matthias Weger. Die Wahlkampfkosten für den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlkampf beziffert er insgesamt mit 1,1 Millionen Euro.

Dafür aufgekommen sind die drei Bündnispartner sowie die Tiroler Volkspartei. „Wir dürfen nochmals be-

tonen, dass wir, wie vor der Wahl angekündigt, keine Spenden angenommen haben“, fügt Weger hinzu. Dass mehr aufgewendet wurde, ist in der ÖVP nichts Neues. Schon bei der Landtagswahl 2022 hat die Tiroler ÖVP für die Wahlwerbung 2,4 Millionen aufgewendet, also um 900.000 Euro mehr, als sie ursprünglich ausgeben wollte.

Die anderen Parteien dürften demnächst ihre „Endabrechnungen“ bekannt geben: Die Grünen bezifferten vor der Wahl ihre Aufwendungen mit 450.000 Euro, die Freiheitlichen mit 300.000 Euro. Johannes Anzengruber „Ja -Jetzt Innsbruck“ wollte 290.000 Euro ausgeben, die Liste Fritz sich auf die von ihr vorgeschlagenen 200.000 Euro beschränken. Die NEOS kalkulierten mit 160.000 Euro, die Sozialdemokraten hatten für den Urnengang am 14. April 280.000 Euro veranschlagt.

Spekulationen, dass die Innsbrucker ÖVP nach der Gemeinderatswahl auch in einem finanziellen Dilemma stecke, werden allerdings entschieden zurückgewiesen. Noch-ÖVP-Stadtparteiobmann Tursky: „Die Innsbrucker Volkspartei ist schuldenfrei.“

Folgt Gerber Tursky nach?

Offen hingegen ist, wer Florian Tursky, der sich aktuell am Wiener Politparkett engagiert, als Chef der Stadt-ÖVP nachfolgt. Ursprünglich sollten bereits nach der Nationalratswahl die Weichen gestellt werden. Doch das dauert. Jedenfalls werden der Klubchef des „Neuen Innsbruck“ Franz Jirka sowie Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Mario Gerber als mögliche Kandidaten genannt. Wobei Gerber gute Chancen eingeräumt werden. Überraschungen sind jedoch nicht ausgeschlossen.



Die Finanzlage im Rathaus ist sehr angespannt – Ähnliches dürfte für die Stimmung bei den Budgetgesprächen mit der Opposition gelten. Foto: Falk/TT

Harsche Kritik am Innsbrucker Budgetentwurf

Innsbruck – Der von Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) und seiner Dreierkoalition vorgelegte Budgetentwurf 2025 – der u. a. beträchtliche Schuldenaufnahmen vorsieht, um geplante Investitionen stemmen zu können – stößt bei der Opposition auf massive Kritik.

Markus Lassenberger (FPÖ) sieht das kalkulierte Minus von 6,6 Mio. Euro im Saldo der operativen Gebarung als „Katastrophe“: „Das ist so, wie wenn ich als Privater die Miete nicht mehr zahlen kann.“ Er vermisst bei der Stadtregierung jeden „Sparwillen“, etwa bei Subventionen, ebenso die Bereitschaft, „Projekte hintanzustellen, um operativ handlungsfähig zu bleiben“.

Auch für Markus Stoll (Neues Innsbruck) ist die Stadt damit „Richtung Sanierungsfall unterwegs“. Für ihn wäre der einzige Weg, die finanzielle Situation in den Griff zu bekommen, „wenn man sich jede einzelne Budgetzeile anschaut und hinterfragt, ob etwas jetzt sein muss oder nicht“.

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) sieht besonders die geplanten Gebührenerhöhungen kritisch: Wie berichtet, sollen die Müllgebühren um 10% steigen, bei

CYTA LET'S GO
MediaMarkt

**HEUTE
GROSSE ERÖFFNUNG**

Cyta

WWW.CYTA.AT

den anderen Gebühren Indexanpassungen erfolgen. „Viele Leute derschupfen ihr Leben jetzt schon nicht mehr“, warnt Haselwanter-Schneider.

So sieht das auch Pia Tomedi (KPÖ), die auf die nach wie vor virulente Teuerung verweist. Es gehe darum, „die Menschen aufzufangen“, „Prestigeprojekte“ wie der Bozner Platz um 9 Mio. Euro „sind nicht drin“. Für Mesut Onay (ALi) ist die Schuldenaufnahme zwar „alternativlos“, die Ursachen seien aber großteils hausgemacht, etwa durch fehlende Ansparungen bei den endfälligen Krediten und beim Gestellungsbetrieb. Auch ALi lehnt Gebührenerhöhungen strikt ab. (md)



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

Die rot-grün-weiße Koalition im Innsbrucker Rathaus will sich politischen Spielraum trotz sinkender Einnahmen erhalten und plant, zur Umsetzung ihrer Vorhaben 59 Mio. € neue Schulden aufzunehmen. Auch die operative Gebarung ist im Minus, das Budgetloch für 2025 ist im schlechtesten Fall 13 Mio. € groß.



Foto: Christof Birbaumer

„Innsbruck ist bereits pleite“

59 Mio. € neue Schulden, ein heillos überzogenes Stadtkonto und Gebührenerhöhungen: Die Liste Fritz kritisiert „Abzocken der Menschen“, für die FPÖ ist die Stadt „finanziell pleite“

Investitionen von fast 60 Mio. € zu 100% auf Pump und ein Minus von bis zu 13 Mio. € im operativen Haushalt, der nur durch Überziehen des Kontorahmens liquid bleibt: Das Innsbrucker Budget für 2025 ist ein Hasardspiel. Vor allem, weil nicht klar ist, wie sich die Stadt aus der Finanzmiserie befreien soll, die sich auch für die kommenden Jahre abzeichnet. Der Finanzbeirat mit Experten der Uni Innsbruck soll nun mit der Suche nach Auswegen aus der Finanzkrise bzw. mit einer längerfristigen Finanzplanung beauftragt werden, kündigte BM **Johannes Anzgruber** an.

„Traurig aber wahr, Innsbruck kann nicht einmal mehr die ‚Miete‘ bezahlen. Der operative Haushalt wird in roten Zahlen dargestellt und das bedeutet, dass man nicht einmal mehr die Fixkosten bedienen kann“,



Foto: Johanna Birbaumer

Haselwanter-Schneider (Fritz): „Ungenierter Griff in die Taschen der Menschen.“

nahm FPÖ-StR **Markus Lassenberger** gestern Stellung. Die Stadt müsse ein Darlehen in der Höhe von 35 Millionen Euro aufnehmen, die Gebühren ordentlich erhöhen „und damit der Bevölkerung in die Tasche greifen, um zumindest handlungsfähig zu bleiben“, sagt Lassen-



Foto: Christof Birbaumer

„Ein Segen, nicht Teil dieser Regierung zu sein“, sagt StR **Markus Lassenberger (FPÖ).**

berger. Anzgruber als Chef der Caprese-Koalition sei es gelungen, binnen kürzester Zeit zum „Schuldenkaiser“ von Innsbruck zu avancieren.

Das Budget sei nicht von Sparwillen getragen, „sondern es geht nur darum, Caprese-Prestige-Projekte

umzusetzen“. Als Gemeinderat sei er froh, „nicht Teil dieser Regierung zu sein“.

„Was mich am meisten stört, ist das ständige Abzocken der Leute. Die Steuereinnahmen gehen zurück und das Erste, was der Caprese-Koalition einfällt, sind Gebührenerhöhungen. Anzgruber sollte besser auf seinen teuren Chalet-Umbau verzichten, anstatt den Menschen ständig in die Taschen zu greifen“, findet Liste-Fritz-GR **Andrea Haselwanter-Schneider** deutliche Worte. Denn die Gebühren in Innsbruck seien ohnehin weit oben. „Das hat zur Folge, dass sich die Menschen, die sich das teure Leben in Innsbruck nicht mehr leisten können, wieder bei der Stadt um Hilfen ansuchen müssen.“ Sie vermisse Initiativen, „die das Leben der Menschen billiger machen, und nicht teurer“, sagte die Fritz-Gemeinderätin.



Auf Bildungsreise: ÖGB-Chef Philip Wohlgemuth (li.), BM Benedikt Lentsch.

Statt Harris-Wahlparty sah SP Tirol Trump-Sieg

Eine Bildungsreise führte den Landtagsklub der Tiroler SPÖ in die USA. Doch den Höhepunkt hätte man sich anders vorgestellt.

Reisefreudig sind sie, die Mitglieder der schwarz-roten Koalition in Tirol. Vor einem Jahr erkundeten **LH Anton Mattle** und **Bildungs-LR Cornelia Hagele** das finnische Bildungssystem vor Ort in Helsinki. Später sah sich Mattle im Hafen Hamburg das dortige Slot-System für Lkw an.

LHStv. Georg Dornauer als Tiroler Sportlandesrat wollte im Juni beim EM-Spiel Österreich gegen Niederlande live dabei sein – mit Karten, die der Tiroler Fußballverband bereitgestellt hatte. Nach einem öffentlichen Shitstorm zahlte Dornauer die Karten dann aus eigener Tasche. **Sozial-Landesrätin Eva Pawlata** (SPÖ) fuhr nach Schottland, **Wirtschaft-LR Mario Gerber** besuchte touristische Großevents wie ITB in Berlin und Olympia.

Der SPÖ-Landtagsklub hat sich nun ein besonders spektakuläres Reiseziel ausgesucht: Die vom Wahl-



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

kampfgeprägten Vereinigten Staaten. In der Hauptstadt Washington DC erlebten die Tiroler Mandatäre allerdings nicht wie erhofft einen Sieg der Demokraten. Was aber der guten Laune keinen Abbruch tat: Auf Facebook posteten **ÖGB-Chef LA Philip Wohlgemuth** und der **Zammer BM LA Benedikt Lentsch** Fotos von sich mit dem Kapitol im Hintergrund.

„Es handelt sich um die erste Reise des SPÖ-Landtagsklubs seit mehr als sechs Jahren“, hält **Landes-GF Lukas Matt** auf Anfrage der „Krone“ dazu fest. Regierungsmitglieder seien nicht dabei.

„Die Kosten der sechstägigen Bildungsreise werden von den Abgeordneten zum Großteil selbst bezahlt. Der Rest wird über Klubmittel finanziert – und auch zu diesen leisten alle Abgeordneten monatlich ihren sogenannten Klubbeitrag. Dem Steuerzahler entstehen durch die Reise unter dem Strich keine Kosten“, erläutert Matt.

Der Opposition ist die schwarz-rote Koalition in Summe etwas zu reisefreudig. Im September leitete sie eine Prüfung durch den Landesrechnungshof ein. „Wer fährt da aller mit, wie wird gereist und genächtigt und wer bezahlt das alles aus welcher Tasche?“, lautet die Kernfrage. Die Prüfung solle Transparenz und Kontrolle verbessern. „Denn bislang blieben Inhalte, Abwicklung und Kosten von Dienstreisen bzw. Reisen auf Landeskosten der Öffentlichkeit verborgen“, sagen FP, Grüne, Neos und Liste Fritz.

Schützenhilfe von LF für ZUG

Liste Fritz kritisiert Bgm. Schönherr und BH Reutte

(jp) Liste Fritz Klubobmann Markus Sint sieht die Liste ZUG im Recht und kann das Verhalten der Bezirkshauptmannschaft Reutte und Bürgermeister Harald Schönherr nicht nachvollziehen.

Der geschlossene Rücktritt der Opposition im Biberwierer Gemeinderat ist für Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint bedauerlich. „Das ist ein schwarzer Tag für die Bürger von Biberwier und die Demokratie in Tirol. Wir verlieren fünf engagierte und kritische Gemeinderäte in Tirol. Das ist schade und traurig!“ Nach der Antwort der Gemeindefaufsicht in der BH Reutte wundert es Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint aber nicht, dass die Opposition das Handtuch geworfen hat. „Die Antwort der BH Reutte auf die Aufsichtsbeschwerde der Oppositionsliste ZUG ist ein schlechter Witz. Die Gemeindefaufsicht teilt den Gemeinderäten nämlich mit, dass es nicht



Klubobmann Sint kann die Reaktion der Liste ZUG nachvollziehen. Foto: LF
notwendig sei, für einen Beschluss sämtliche Informationen vorliegen zu haben und deshalb der gefasste Gemeinderatsbeschluss gültig sei. Das ist absurd und widerspricht dem Grundsatz, was ich nicht kenne, so Klubobmann Sint.

Vorgänge in Biberwier werden Thema im Landtag

BIBERWIER. Der Rücktritt der Biberwierer Oppositionsfraktion „ZUG“ spielt jetzt bis ins Landhaus hinein. Die Liste Fritz kündigt in der Angelegenheit eine Landtagsanfrage an.

Im Nachgang eines Gemeinderatsbeschlusses rund um das Fernpass-Paket und eine damit im Zusammenhang stehende Aufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Harald Schönherr gab die fünfköpfige Oppositionsfraktion von Philipp Taxer geschlossen ihren Rücktritt bekannt (wir berichteten).

Kritik an der BH-Reutte

Der Klubobmann der Liste Fritz, LA Markus Sint, übt in diesem Zusammenhang Kritik an der Bezirkshauptmannschaft Reutte. Die hatte eine Aufsichtsbeschwerde der Opposition gegen Bgm. Harald Schönherr abgewiesen, was bei Sint auf Unverständnis stößt. Ebenso nimmt



Markus Sint von der Liste Fritz fordert Aufklärung.

Andreas Friedle

er Bgm. Schönherr in Pflicht, der Antworten schuldig sei. Sint will auf offene Fragen in Form einer Landtagsanfrage jetzt Antworten bekommen. „Gerade bei einem derart politisch heiklen Beschluss müssen allen Gemeinderäten alle Informationen und selbstverständlich alle schriftlichen Zusagen bekannt sein. Für politische Katz-und-Maus-Spielchen gibt es keine Rechtfertigung!“ (rei)

„SCHILDBÜRGERLICH“

„51 Standorte an Deponien im Bezirk Kufstein sind für mich eine komplette Überkapazität“, sagt LA Gabriele Madersbacher. Dass die Gemeinden derzeit keinerlei Mitsprache haben und zu viele Kapazitäten geschaffen werden, sehe man am Beispiel von Angerberg, wo eine weitere Deponie entstehen soll, obwohl es Deponien in Angerberg, Schwoich und Thiersee gibt. Zudem sind bereits Deponien im Schöffstal und Ochsental vorhanden, wo Abbruchmaterial der ÖBB gelagert wird. Für Madersbacher wäre eine Durchsetzung eines weiteren Standortes mit weiteren 450.000 m³ und 90.000 zusätzlichen Lkw-Fahrten ein „Schildbürgerstreich“.



„51 Standorte sind eine Überkapazität“, so Madersbacher. Foto: Fluckinger

Liste Fritz will Deponien stoppen

Deponie-Wildwuchs soll mit Widmung und Bedarfsprüfung beendet werden.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN, BEZIRK. Gemeinden im Tiroler Unterland sehen sich dieser Tage gleich mehrmals mit (möglichen) Bodenaushubdeponien konfrontiert. Die Liste Fritz will diesen jedenfalls ein Ende setzen. Ihrer Ansicht nach bleibt die schwarz-rote Landesregierung „nach wie vor untätig“. Das Argument, dass es mehr Kapazitäten bei Bodenaushubdeponien brauche, lässt die Liste nicht gelten.

Die Liste Fritz hat zwei Lösungsvorschläge ausgearbeitet und im Tiroler Landtag eingebracht. So sollen künftig Bodenaushubdeponien nur noch mit einer Sonderflächenwidmung möglich sein. So liege die Entscheidung dafür oder dagegen bei den Gemeinden selbst. „Das wäre die sauberste und einfachste Lösung“, sagt Sint. Das könnte der Tiroler Landtag mit einfacher Mehrheit beschließen. Damit müssten die Deponie-



Die Gemeinden sollen entscheiden, so Sints Vorschlag. Foto: Fluckinger

Betreiber bei Deponieplänen auch an die Gemeinden herantreten. Ferner hätten die Gemeinden die Möglichkeit, besser geeignete Standorte im eigenen Gebiet zu definieren. Dass Gemeinden, wenn sie selbst entscheiden dürfen, stets gegen Bodenaushubdeponien im eigenen Gemeindegebiet sein würden, glaubt Sint nicht. „Es werden in Gemeinden auch unbeliebte Entscheidungen getroffen“, sagt Sint.

Der zweite Lösungsvorschlag der Liste Fritz betrifft den Bedarf. „Wir wollen eine Bedarfsprüfung für künftige Bodenaushubdeponien“, sagt Sint. So gibt es diese beispielsweise bereits bei Golfplätzen, Steinbrüchen und Bordellen. Laut Sint reichen die vorhandenen Kapazitäten bei Bodenaushubdeponien in Tirol und im Unterland noch viele Jahre aus. Er verweist dabei auf Zahlen des Landes: Derzeit gibt es laut dem Land in Tirol rund 200 aktive Bodenaushubdeponien. Das Ministerium (Bund) listet indes 344 in Tirol registrierte Bodenaushubdeponien (Zahlen inklusive einiger inaktiver Deponien) auf. Im Bezirk Kufstein gibt es laut Ministerium 51 Deponie-Standorte. Laut Einschätzungen des Landes Tirol reichen diese auch im Bezirk noch für die nächsten zehn Jahre aus, was die Kapazitäten betrifft. „Wir wollen zuerst die vorhandenen Kapazitäten ausschöpfen“, sagt Sint.